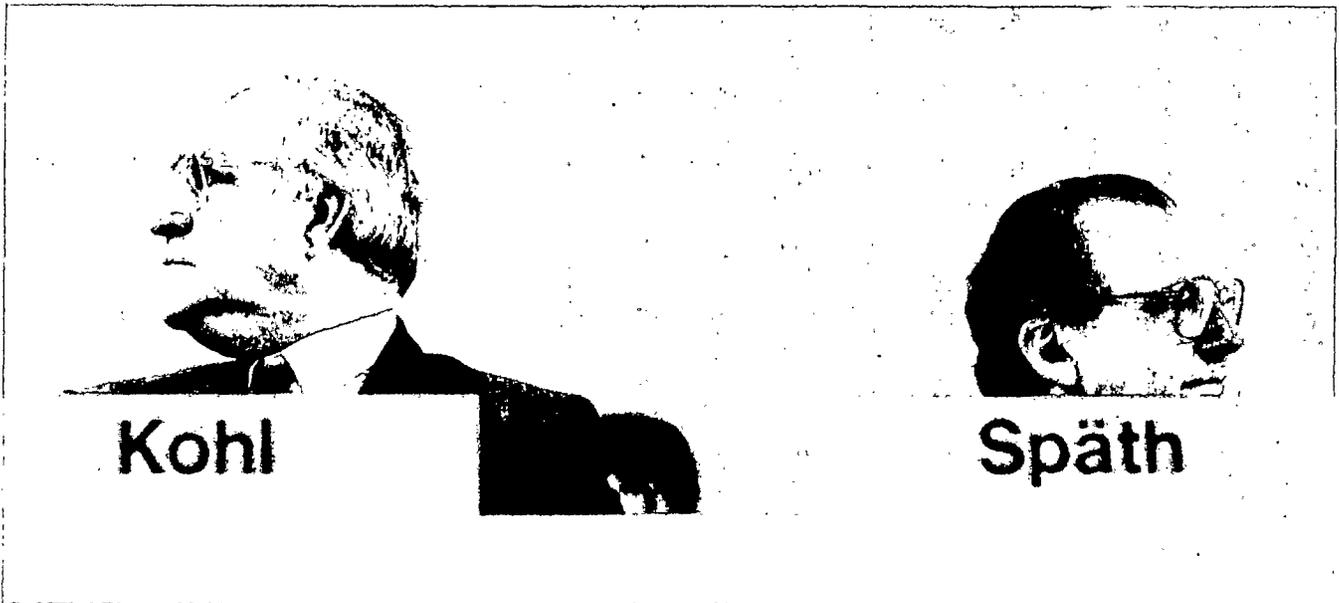


„Die Perlen liegen vor den Säuen“

Lothar Späth, der um seine absolute Mehrheit fürchtende Ministerpräsident von Baden-Württemberg, führt einen Wahlkampf gegen die Bundes-CDU. Er wirft Hel-

mut Kohl Mißmanagement und Perspektivlosigkeit vor. Wenn sich nicht bald etwas ändere, so der Kohl-Konkurrent, werde es bald ein „böses Erwachen“ geben.



CDU-Wahlkämpfer Kohl, Späth*: „Alles nicht vergnügungssteuerpflichtig“

Nirgendwo sonst in der Bundesrepublik ist es so gut bestellt um die CDU wie in Baden-Württemberg. Der Landesvater bereist die Gaue, Wohlstand und Wohlwollen allerorten. Freundlicher Beifall ist Lothar Späth gewiß, wenn er feststellt: „Uns geht's gut. Und wem's schlecht geht, dem geht's schlecht auf hohem Niveau.“

Den politischen Gegnern fällt nichts Rechtes ein, was sie dem – noch mit absoluter Mehrheit herrschenden – Ministerpräsidenten ankreiden sollen. Sicherlich, es kriselt hier und dort im Musterland, aber Wahlkampfknüller stecken da nicht drin. Frei- wie Sozialdemokraten buhlen um die Ehre, nach der Wahl am kommenden Sonntag mit der CDU koalieren zu dürfen.

Späth will sie nicht. Wenn FDP-Graf Lambsdorff behaupte, Baden-Württemberg werde zum Ruhrgebiet der neunziger Jahre, und SPD-Spitzenkandidat Dieter Spöri sage, das Ländle würde wie Liverpool verkommen, dann antwortet Späth: „Die dürfen nicht dran. Sonst machen die Ernst.“ Und immer mal wieder erlebt es der CDU-Ministerpräsident, daß ihm sogar Genossen wünschen, er möge alleine weiterregieren.

Sein Wahlziel zu erreichen müßte dem „Cleverle“, ginge es allein um seine Erfolge und Beliebtheit, eigentlich leichtfallen. Doch selten ist einem CDU-Ministerpräsidenten das Siegen so schwermacht worden von seiner eigenen Partei: In Bonn fällt derzeit – wieder

einmal – jeder über jeden her, das Durcheinander ist total, Franz Josef Strauß wirft dem CDU-Kanzler „erschreckenden Mangel an politischer Linie“ vor.

Recht hat er. Den Bürgern werden niedrigere Steuern versprochen und zugleich höhere Steuern angekündigt. Und daß sie mehr zahlen müssen für Krankheits- und Altersvorsorge, ist auch klar.

Die Bonner Koalition ist gegen und für den Einstieg in den Ausstieg aus der Kernenergie, für und gegen eine Verschärfung des Abtreibungsparagrafen, gegen und für höhere Staatsschulden.

Der Kanzler schickt Strauß nach Südafrika und droht Norbert Blüm mit Entlassung, wenn auch er dahin fährt. CDU-Generalsekretär Heiner Geißler erschreckt den deutschnationalen Anhang der CDU mit Papieren für eine wirklichkeitsnahe Deutschland-Politik. Dazu die Skandale um Barschel in Kiel und um die Atomfabrik in Hanau – „alles nicht vergnügungssteuerpflichtig“, wie Späth sagt.

Nur „mit eingezogenem Nacken“ (Bundestagspräsident Philipp Jenninger) traut sich die Bonner Prominenz noch nach Baden-Württemberg. Kohl langweilte das Parteivolk in der halbleeren Stuttgarter Schleyer-Halle. Die Parlamentarische CDU-Staatssekretärin im Bildungsministerium, Irmgard Karwatzki, brachte es in Oberstenfeld auf sieben Zuhörer.

Helmut Kohl läßt sich derweil von seinem Propagandaapparat als Außenpolitiker feiern. Doch es waren allenfalls Augenblickserfolge, die er erreichte.

Beim Brüsseler EG-Gipfel löste er nicht einmal im Ansatz die Probleme des Agrarmarktes, sondern schob sie nur, bezahlt mit weiteren deutschen Steuer-Milliarden, vor sich her. Weder beim Besuch in Washington noch auf dem Nato-Gipfel gelang es ihm, die Bündnispartner für ein schlüssiges Abrüstungskonzept zu gewinnen und sie von ihrem Wunsch abzubringen, möglichst bald mit neuen Kurzstreckenraketen aufzurüsten. „Trotz Bonn“, das blieb Späth als Devise, und: „Mir Bade-Württemberger müsset jetzt zusammenhalte.“

Ob sich seine Landsleute aber, bei aller Zuneigung für ihn, „durch Bonn und so“ (Späth) vom Votum für die CDU abhalten lassen, weiß er nicht – das ist für ihn „ein schwarzes Loch“. Sollte er die absolute Mehrheit der Mandate mit rund 48 Prozent der Stimmen dennoch schaffen, dem CDU-Bundesgeschäftsführer Peter Radunski und seinem Planungschef Wulf Schönbohm erschiene es als „kleines politisches Wunder“. Es sei noch nie einem gelungen, sich allein mit seiner Person gegen einen Abwärtstrend einer Partei durchzusetzen.

Selbst wenn Kohl seinem Parteifreund beim Verteidigen der letzten absoluten CDU-Mehrheit in einem Bundesland hätte helfen wollen (er will aber nicht, weil er eine CDU/FDP-Koalition auch in Stuttgart sehr gern sähe) – es stünde gar nicht mehr in der Macht des Kanzlers, seinen Bonner Laden auf die schnelle in Ordnung zu bringen.

„Geistige Führung“, wie 1982 versprochen? Kraft und Mut zu unpopulären

* Auf einer Wahlkundgebung Ende Februar in Stuttgart.

Entscheidungen haben sich verloren, die Lobbyisten triumphieren. Gesundheitsreformer Norbert Blüm weiß, wovon er redet, wenn er vor dem langen Arm der Interessenverbände hinein in Parteien, Parlament und Regierungen warnt (siehe SPIEGEL 10/1988).

Aufbruchstimmung, Mannschaftsgeist? – Nicht mit Kohl. Ordentliches Management der vielfältigen Bonner Regierungsaktivitäten?

Die Reformansätze sind verschüttet und verdorben, „die Perlen liegen vor den Säuen“ (Späth). Weder Kohl noch sein Kanzleramtsminister Wolfgang Schäuble waren fähig, sie zu einem Schmuckstück aufzufädeln. Der Widerwille Kohls gegen Planung lähmt alle Versuche, die Grundlinien der Regierungsarbeit vorzugeben und Abweichungen zu korrigieren.

Vorsorge für das Gedeihen des Industriestaates Bundesrepublik in den 90er Jahren? Die Bundesanstalt für Arbeit rechnet schon jetzt registrierte und nicht erfaßte Arbeitswillige auf gut 3,5 Millionen Arbeitslose zusammen. Die Subventionen wuchern, Späth sagt den Deutschen „ein böses Erwachen“ voraus, wenn es 1992 zum europäischen Binnenmarkt kommt.

Im sechsten Jahr der Amtszeit des Helmut Kohl rächen sich die Sünden der frühen Jahre. Der Kanzer hat es zu keinem Zeitpunkt geschafft, den Bür-



CDU-General Geißler: „Nicht auf eigene Faust“

gern Richtung und Ziel seiner Politik zu verklaren.

„Wo ist die Wende geblieben?“ tönt der Ruf aus dem Bayernland; und Franz Josef Strauß ist nicht der einzige, der empört laut gibt.

Geblendet von der Faszination der Genscherschen „Wende“, hatte sich Kohl der Illusion hingegeben, alles werde sich zum Besseren kehren, wenn er nur den Thesen des damaligen Wirtschaftsministers Otto Graf Lambsdorff folge. Der hatte, ebenso simpel wie brutal, den Sozialstaat derart abgemindert, daß den Sozialdemokraten endgültig



Konkurrenten Kohl, Stoltenberg: „Mit eingezogenem Nacken“

die Lust am Weiterregieren genommen wurde.

Der liberale „Erhard der achtziger Jahre“ (Genscher über Lambsdorff) hatte am 9. September 1982 seinen Sprengsatz gezündet: „Krise des politischen Systems“ mit steigender Arbeitslosigkeit und erdrückenden Schulden oder eine Politik der geordneten Staatsfinanzen, die „der Wirtschaft eine neue Perspektive für unternehmerischen Erfolg und damit für mehr Arbeitsplätze“ verleihe. Weniger Lohn, mehr Gewinn, mehr Kernkraft, weniger Arbeitslosengeld, das war die Botschaft. Kohl vernahm sie wohl, ohne lange nachzudenken.

Heute, die Liberalen haben sich bei der letzten Bundestagswahl und den meisten Landtagswahlen auf Kosten ihres schwarzen Partners kräftig gemästet, kann Thesenschreiber Lambsdorff seine Häme nur schwer zügeln. „Wen das überrascht, der hat die schwierige Zusammenarbeit der CDU/CSU-FDP-Koalition in den Jahren bis 1966 nicht mehr im Gedächtnis“, belehrte er kürzlich Parteigänger im „Weinhaus Steinbach“ in Bad Honnef am Rhein. Helmut Kohl, fixiert auf die langersehnte Macht am Rhein, hatte verdrängt, daß „die CDU eine Partei mit einer riesigen Spannweite“ (Lambsdorff) ist; der Abstand von den linken Sozialausschüßlern zum rechten Wirtschaftsrat ist heute größer als die Distanz zwischen den SPD-Flügeln.

Hinzu kommt: Anders als CDU und SPD, die in weiten Bereichen in unterschiedlichen Wählerschichten werben, balgen sich Union und Bangemann-FDP fast ausschließlich um die gleiche Klientel. Lambsdorff: „Das führt dazu, daß der Vorsitzende der CDU und

Bundeskanzler eigentlich gar keine andere Möglichkeit hat, als das zu tun, was ihm als Aussitzer häufig vorgeworfen wird.“

Kohl ist, wie er ist. Einzig darauf fixiert, seine Macht zu sichern, sah er sich stets in einer ordentlichen Mehrheit mit einer starken FDP komfortabel aufgehoben. Gequälte Aufschreie aus dem eigenen Lager – mal fühlten sich die Arbeitnehmer durch die Senkung der Spitzensteuersätze vor den Kopf geschlagen, mal sahen sich Konservative vom Schlage Manfred Wörners in der Sicherheitspolitik den Liberalen geopfert – rührten Kohl nicht.

Norbert Blüm wünscht sich von einem Regierungschef die Bereitschaft, im „Ritt über den Bodensee mit vollem Risiko unterzugehen“ – so wie Willy Brandt es mit seiner Ostpolitik gewagt habe. Kohl hält sich auch als Kanzler lieber an die Methode, mit der er politisch bis ganz nach oben gekommen ist – abwarten und sich erst festlegen, wenn er sich bei der Mehrheit weiß.

Reform-Minister wie Blüm und Rita Süßmuth, aber auch Ressortchefs wie Stoltenberg sind Opfer dieser Kohl-Politik. Nie können sie sich sicher sein, ob der Kanzler, wenn's brenzlich wird, auch wirklich zu ihnen steht.

Wer – wie Geißler – versucht, der CDU eine eigene Identität zu verpassen, Parteibeschlüsse und Regierungshandeln zu einer Strategie zu bündeln, der zieht Prügel vom Vorsitzenden – meist öffentlich, damit's der Autorität des Gerügten schadet. Ein Kohl-Vertrauter: „Die Leute erwarten, daß die Partei die Regierungspolitik stützt und nicht auf eigene Faust Politik treibt. Der Erfolg bei der Wahl 1990 hängt doch nicht von irgendwelchen Papieren aus dem Adenauer-Haus ab.“

Kohl reiht, so empfindet es der Vorsitzende der Jungen Union, Christoph Böhr, in der Bonner Politik „ein Ver-

satzstück an das andere, ohne zu erklären, wie sie zusammengehören“.

Besonders nachteilig wirkte sich Kohls Patchwork in der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik aus. Der Kanzler konnte selbst seine Anhänger nicht davon überzeugen, daß die Regierung ihre Startvorgaben ernst gemeint hat: Ja zur Leistung, Reduzierung des Staatsanteiles, Schuldenminderung, Abbau des Sozialstaates. Häufig sah es aus, als kehrten die vom Arbeitnehmerflügel, von den Frauen und der Unions-Jugend verlangten sozial- und familienpolitischen Retuschen den Kurs der Partei völlig um. Wohltaten an Trümmerfrauen, Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub mit Arbeitsplatzgarantie – immer fragten rechte Parteigänger- und konservative Wähler, ob der „Wendekurs“ noch gesteuert werde. Kohl stellte Gruppen still, die er brauchte, und orientierte sich an Wahlterminen.

Die Folgen: Seit Monaten ist das Ansehen von Regierung und Kanzlerpartei bei Unternehmern wie Arbeitnehmern mit Sympathie für die Union abgesackt. Die Patrone jammern, hohe Steuern, Sozialabgaben und Löhne trieben die Lohnnebenkosten so hoch, daß der Industriestandort Bundesrepublik nicht mehr wettbewerbsfähig sei. Gewerkschaften und Arbeitnehmer sehen die soziale Ausgewogenheit ramponiert, wenn der Kanzler den Vorruhestand kippt.

Kohl muß das Manko auf sich nehmen, daß ausgerechnet die Partei eines Ludwig Erhard weder im Kanzleramt noch im Konrad-Adenauer-Haus glaubhafte wirtschaftspolitische Kompetenz besitzt. Er förderte sogar die Demontage seines über lange Strecken einzigen Konkurrenten, des Finanzministers Gerhard Stoltenberg. CDU-Wirtschaftsrat-Chef Heinrich Weiss, ein Großindustrieller: „Er war der einzige, der unsere Sprache gesprochen hat.“

Einflußreiche Ratgeber Kohls gehen, zum eigenen Schutz, auf Distanz. So wehrt sich der mächtige Chef der Deutschen Bank, Alfred Herrhausen, im Kol-

legenkreis heftig gegen den Verdacht, er gehöre zu den Beratern des Kanzlers. Er möchte nicht, leicht zu verstehen, für die verkorkste Quellensteuer-Initiative der Regierung in Anspruch genommen werden.

Der Aufsichtsratsvorsitzende der Eso, Wolfgang Oehme, beschreibt das Defizit der Kohl-Partei: „Es fehlt in der Tat das wirtschaftspolitische Gewissen. Und das muß in einer Koalition bei der Hauptpartei, also bei der Union, sein.“

In einer vertraulichen Unternehmerrunde Mitte Januar bei Lothar Späth warnte Achim Zink, Vorstandsvorsitzender der Badenia Bausparkasse, „den aus Bonn, der uns mit seinem Optimismus in den Dreck“ ziehe: „Es ist ersichtlich, daß Regierungswechsel bei uns immer aus wirtschaftlichen Schwierigkeiten gekommen sind.“

Die Zukunft sieht düster aus. Der Regierung, die sich fünf Jahre lang ohne schlüssiges Konzept von Kompromiß zu Kompromiß treiben ließ, fehlt das Rezept für kommende Zeiten.

Der vermeintlich überragende Erfolg der ersten Jahre, die Rückführung der jährlichen Neuverschuldung bis zum Jahre 1987, ist zerronnen. Die Hoffnung, bei Stabilität und steigenden Unternehmensgewinnen werde die Wirtschaft investieren und Arbeitsplätze schaffen, erwies sich als Flop.

Auch das von Wolfgang Schäuble geleitete Kanzleramt schaffte es nicht, für eine Regierungspolitik aus einem Guß zu sorgen. Schäuble, nach dem überforderten Waldemar Schreckenberg als Hoffnungsträger gestartet, beschlagen in Organisation und Finanzen, arbeitet schwer, hat aber zuviel um die Ohren: Amtschef, Vorbereitung der Koalitionsrunden und Kabinettsitzungen, Deutschlandpolitik, Krisenstäbe, dazu ständiger Gast im CDU-Präsidium, Verbindungsmann zur CDU/CSU-Fraktion.

Die groß angekündigten Reformen blieben so ganz den jeweiligen Fachministern überlassen. Die Koalitionsvereinbarung aus dem Jahr 1987 bietet ihnen nicht viel mehr als allgemeine Rahmenvorschriften. Nach dem wochenlangen Gezerre über die Senkung des Spitzensteuersatzes war damals keine Zeit, andere Streitpunkte wie die Reform des Abtreibungsparagraphen 218 oder gar Einzelheiten einer Quellensteuer hinreichend zu behandeln.

So bastelte Stoltenberg seine Steuerreform, Blüm versucht sich an einer Ko-

stensenkung im Gesundheitswesen, Rita Süßmuth werkelt in der Familienpolitik vor sich hin. Die Minister legen ihre Entwürfe vor – und auf geht's: Hader und Streit quer durch die Koalition. Clearingstelle Kanzleramt? Fehlanzeige.

Niemand greift ordnend ein, wenn Kohl einerseits seinen Landsleuten empfiehlt, zusätzlich zur gesetzlichen Rentenversicherung etwas für die Altersvorsorge zu tun, und dann anderer-



Kohl-Kritiker Strauß: Wo bleibt die Wende?

seits von der Kohl-Regierung die Lebensversicherungen mit Quellensteuer belegt werden.

Aus der Regierungszentrale kommen schon lange keine Vorgaben mehr, obwohl dort sämtliche Ressorts in sogenannten Spiegel-Referaten vertreten sind. „Die Schlacht muß ich noch schlagen“, ist das Politik-Verständnis eines Norbert Blüm – typisch für ein Regierungssystem, das seine Kraft im Gegeneinander vergeudet.

Eine funktionstüchtige Planungsabteilung gibt es im Kanzleramt nicht. Politisches Planen ist zum Beipack der Abteilung Eduard Ackermanns geworden, des wahren Pressechefs der Regierung. Ackermann hat genug damit zu tun, in Hintergrundgesprächen die mäßigen öffentlichen Darbietungen des Regierungssprechers Friedhelm Ost nachzubessern.

Konzepte für die Zukunftssicherung des Industriestandorts Bundesrepublik? Intelligente Vorschläge, wie Unternehmen zu Investitionen im Inland veranlaßt werden könnten, wie der Struktur der Bundesrepublik zu größerer Flexibilität gegenüber Anforderungen des Technologie-Zeitalters verholten werden kann? Aus dem Kanzleramt kommt nichts.

Und eine wirkungsvolle Strukturpolitik? Daß es bei Kohle und Stahl bergabgeht, war schon vor der Ruhrgebietskonferenz des Kanzlers vom Februar dieses Jahres aktenkundig. Öffentliche Gelder werden eingesetzt, wenn es brennt, heute an der Ruhr, gestern an der Küste;



Kohl-Kritiker Blüm: „Ritt über den Bodensee“

die Umwelt- und Energiepolitik erschöpft sich in Aktionsprogrammen. Es fehlt an Mut, etwa dem Energiesparen absoluten Vorrang zu geben, den alle Ressorts zu achten hätten.

Werner Tegtmeier, Staatssekretär im Arbeitsministerium, schrieb dazu: „Es gehört zu den Eigenarten einer in aller Regel sehr fachkompetenten Administration, daß sie Veränderungspotentiale zwar rechtzeitig erkennt, aber bei der Erarbeitung von Handlungsoptionen zunächst vom gewachsenen System ausgeht und eine der Komplexität der Probleme eigentlich angemessene fach- und ressortübergreifende Betrachtungsweise nur allzuoft hintanstellt.“

So ist es verständlich, daß Schäuble aus seinem Job fortstrebt; er würde gerne Stoltenberg im Finanzministerium nachfolgen oder noch lieber Alfred Dregger als Fraktionschef beerben.

schik aus. Und der ehrgeizige Abteilungsleiter, mit Schäuble über Kreuz, beeilt sich keineswegs, den Minister in alles einzuweißen.

So kam es, daß Teltshik, gestützt auf nicht gesicherte Informationen eines Geschäftsmannes aus der sowjetischen Hauptstadt, erzählte, Kreml-Herr Michail Gorbatschow sei bereit, im ersten Halbjahr 1988 Bonn eine Staatsvisite abzustatten. Kohl verkündete es vor der Presse und blamierte sich gleich doppelt, als die Russen abwinnten. Eine Einladung, noch vor dem Sommer nach Moskau zu fahren, schlug Kohl aus, weil gemäß diplomatischer Etikette nach mehreren Besuchen des deutschen Kanzlers in Moskau nun eine Bonn-Visite des Russen fällig sei. Nun reist Kohl doch nach Moskau – im Herbst.

Weil Schäuble sich nicht darauf verlassen kann, alle Vorgänge auf seinen

nicht rum, Schäuble, gehen Sie in Ihr Amt schaffen.“

Ohne Schäuble zu fragen, verkündete Kohl zum Jahresbeginn seine Absicht, die Neuverschuldung des Bundes auf 40 Milliarden zu treiben und sie dann im Jahr 1989 wieder um zehn Milliarden zurückzufahren. Der Chef des Kanzleramts war zu der Zeit zwar in Urlaub, aber, so ein Minister, „es gibt ja Telefon“.

Der Wahlausgang in Baden-Württemberg, meint Kohl, sei für ihn ohnehin kein Problem. Büße die CDU ihre absolute Mehrheit ein, könne sie ja mit der FDP weiterregieren. Der Name des Verlierers sei Späth – dessen Kanzlertraum ausgeräumt.

Hält die CDU dagegen die absolute Mehrheit der Mandate, sieht sich Kohl auch als Gewinner, er könnte die Unkuntken. Es stehe doch alles – dank seines fleißigen Wahlkampfeinsatzes – zum besten. Zufrieden mit einem Kanzler, der selbst in schwieriger Lage für Mehrheiten Sorge, sei die Partei weniger denn je für Putschpläne des knapp bestätigten „Lothar“ zu haben.

Doch so leicht will Späth sich den Sieg nicht nehmen lassen. Hersehen soll die Partei auf ihn als einen, der die Linie der Union zu wahren weiß und mit entschlossenen Schlägen gegen die FDP (Späth: „Immer zwischen die Hörner“) den Bonnern vorgeführt hat, wie dem Stimmenklau der Liberalen ein Ende gemacht werden muß.

Und vielleicht gerate Kohl bei abknickender Konjunktur, steigender Arbeitslosigkeit, weiteren Wahlniederlagen und fortwährendem Mißmanagement doch noch ins Torkeln. Daß sein Name im Adenauer-Haus vorgemerkt ist, falls die Partei nicht mit Kohl untergehen will, ist dem Ministerpräsidenten bekannt. Ein Duo – Späth Kanzler, Geißler Parteivorsitzender – wäre doch sicher nicht schlecht.

Auch für den Fall des Falles will Späth nicht gehorsam auf die von Kohl gewünschte Koalition mit der FDP schwenken. Ein Bündnis mit den Roten könnte ihm auch gefallen. Seine gegen die FDP gestimmte Landespartei hätte er, glaubt er, hinreichend im Griff. Die Gemütslage stünde auch nicht dagegen.

Sollten die Zeiten schwerer werden, fänden sich, meint Späth, die Leut' bei einer Großen Koalition gut aufgehoben. Und da die Schwierigkeiten in der ganzen Republik keineswegs kleiner würden, warum sollte es in Baden-Württemberg nicht einen Probelauf für Bonn geben – mit Späth an der Spitze?



Stuttgarter Nachrichten

„Schwarzmalerei! So schlimm wird's schon nicht kommen!“

Denn Schäubles größtes Problem heißt Helmut Kohl.

Der Kanzler verliert zunehmend das Interesse an der Innenpolitik mit ihren Verflechtungen und Mühseligkeiten. Er tummelt sich lieber in der Außenpolitik und träumt davon, als großer Europäer Geschichte zu machen.

Der Kanzler hat sein Mißtrauen gegenüber dem Beamtenapparat, den er bei Amtsübernahme von politischen Gegnern durchsetzt wählte, bis heute nicht abgelegt. Sachverstand liegt brach, quer durch die Büros geht die Klage über Leerlauf. Kohl verläßt sich auf sein Küchenkabinett – und da läuft dann manches hinter Schäubles Rücken.

Über Außenpolitik tauscht sich Kohl gern unmittelbar mit Berater Horst Telt-

Schreibtisch zu bekommen, muß er bei den wichtigen Kanzlerterminen dabei sein. Das kostet Zeit, weil Kohl Ministergespräche im kleinen Kreis bevorzugt. Das findet auch die FDP nicht gut. Zuviel bleibe unkoordiniert, man erfahre zu wenig, so jetzt die Klage im FDP-Präsidium. Kohl lasse das Kabinett in die Bedeutungslosigkeit abrutschen.

Nie kann Schäuble sicher sein, daß Ergebnisse seiner Verhandlungen Bestand haben, etwa wenn es um das Umverteilen der Kosten bei der Sozialhilfe unter den Bundesländern geht. Telephoniert dann ein CDU-Ministerpräsident mit dem Kanzler, kann alles wieder umgeworfen werden. Der Autorität Schäubles dient gewißlich nicht, wenn Kohl ihn vor dem versammelten CDU-Bundesvorstand anblafft: „Hocken Sie hier